Nr. 87. Mittwoch den 17. April 1907. 6. Jahrgang.

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nach 5. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Monatl. 1 ℳ 50 ₰ (ohne Bestellgeld), für Oesterreich 3 K 65 h. Bei den Postanstalten i. Zeitungspreisliste für 1907. Einzelnummer 10 Pf. — Redaktions-Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6gespalt. Petitzeile od. deren Raum mit 15 ₰, Reklamen mit 50 ₰ die Zeile berechn., bei Wiederh. bedeut. Rabatt. Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1966.

Die „nationale" Mehrheit in Nöten.

Berlin, den 15. April 1907.

Je länger die Session dauert, desto mehr wachsen die Nöten der „nationalen" Mehrheit; in den ersten Flitterwochen konnte man sich noch an dem nationalen Präsidium erfreuen; aber diese Freude bedeutet für einen Wähler doch herzlich wenig. Inzwischen fiel der Block in Geschäftsordnungsfragen wiederholt auseinander. Sonst bemüht er sich, alles gemeinsam zu schlucken und so nahm der Block auch das Unterstaatssekretariat in der Reichskanzlei an, obwohl ein Bedürfnis hierfür nicht vorliegt; seit 1879 ging es mit der bisherigen Organisation. Aber Herr v. Loebell sollte seinen Lohn erhalten. Doch wie „Glück und Glas" ist das Verhältnis der neuen Mehrheit, als deren Führer sich der Abgeordnete Dr. Wiemer fühlt. Während dieser früher stets bescheiden in der Joppe in den Reichstag kam, sieht man ihn jetzt nur noch im Gehrock. Der „Reichsagent" fühlt sich und konservative Führer machen so oft den Bittgang zu ihm hinüber. In zwei Punkten steht jetzt der Block vor einer Entscheidung, die für seine Fortdauer von nicht unerheblicher Bedeutung ist; es ist die Ungültigkeitserklärung der Schweidnitzer Wahl und die Frage der Vertagung des Reichstages.

In Schweidnitz ist in der Stichwahl der konservative Abgeordnete Freiherr v. Richthofen gegen einen Sozialdemokraten gewählt worden. Freiherr v. Richthofen ist ein Kompromißkandidat zwischen Konservativen und Zentrum. Die Kommission erklärte nun mit den Stimmen des Zentrums, das einen anwesenden Freisinnigen (Müller-Jierlohn) und der Sozialdemokraten die Wahl für ungültig und zwar auf Grund eines Schreibens, das der Reichskanzler an den Chefredakteur der „Täglichen Rundschau für Schlesien" gerichtet hatte. Dieser fragte an, wie der Reichskanzler sich zu der Wahl in Schweidnitz stellte; er erhielt folgende Antwort:

„In einem Briefe an Generalleutnant v. Liebert habe ich deutlich ausgesprochen, auf was es in dem gegenwärtigen Wahlkampf ankommt, und habe unter den zu bekämpfenden Gegnern die Sozialdemokraten in erster Linie genannt. Ich muß es mir aber grundsätzlich versagen, über die Erfordernisse der Lage in den einzelnen Wahlkreisen von hier aus ein persönliches Urteil abzugeben."

Die Kommission hat nun in ihrer Mehrheit in diesem Eingreifen des Reichskanzlers eine Wahlbeeinflussung erblickt und deshalb die Wahl kassiert. Liberale Blätter wollen nun geltend machen, daß der Kommission der zweite Satz des Schreibens nicht bekannt gewesen sei. Aber das ändert an der Tatsache nicht, daß der Reichskanzler in diesem Falle sich gegen den Gegenkandidaten des Freiherrn v. Richthofen ausgesprochen hat. Nachdem Fürst Bülow öffentlich im Reichstage ankündigte, daß er künftig noch weit mehr in der Wahlagitation leisten werde, mußten jene Parteien, die eine solche Beeinflussung nicht wollen, zum genannten Ergebnis kommen. Dann sieht der Reichskanzler, daß sein Eingreifen seinen Freunden nur schadet. Die Zentrumsmitglieder verhielten sich hier ganz objektiv; Freiherr v. Richthofen ist Kandidat des Zentrums, wird wohl auch von diesem wiedergewählt werden, aber trotzdem stimmten sie für Ungültigkeit, um die amtliche Wahlbeeinflussung nicht zu üppig ins Kraut schießen zu lassen. Der Beschluß der Kommission hat nun bei der Rechten und im Reichskanzlerpalais große Bestürzung hervorgerufen. Ganz abgesehen hiervon, daß die nationale Mehrheit gesprengt ist, sagt man sich, daß eine ganze Reihe von Mandaten kassiert werden müssen, wenn dieser Beschluß aufrecht erhalten bleibt. Rechte wie Linke fürchtet für ihre Sitze und der Reichskanzler sieht die Türe zu weiterer Wahlagitation verriegelt. Daher wehrt er sich mit aller Gewalt gegen einen solchen Beschluß. Wie man sich in parlamentarischen Kreisen erzählt, soll er auch schon Erfolg gehabt haben. Die Freisinnigen, die in der Kommission die Wahl für ungültig erklärt haben, sollen infolge des Wunsches des Reichskanzlers geneigt sein, im Plenum für die Gültigkeit der Wahl zu stimmen und damit die amtliche Wahlbeeinflussung zu sanktionieren. Diese Angst und Not soll also nochmals beseitigt werden; freilich müssen die Freisinnigen auch einen erheblichen Teil ihrer Grundsätze begraben; aber sie tun dies mit Wohlbehagen, nur um das Zünglein an der Wage spielen zu können. Man kann sich also bereits auf den Umfall gefaßt machen.

Aber eine zweite Wetterwolke steigt an dem jungen Glückshimmel der „Paarung" auf. Die Nationalliberalen und die Freisinnigen wünschen eine Vertagung den Sommer über. Es war überraschend, welchen Beifall der Abgeordnete Bassermann in diesen Parteien fand, als er den entsprechenden Wunsch äußerte. Man muß offen zugestehen, daß bis heute ein Grund zu einer Vertagung nicht vorliegt; es ist kein Gesetzentwurf vorhanden, der nicht noch dieses Frühjahr erledigt werden könnte. Freilich sieht es um so schlimmer aus, wenn im Herbste alle angekündigten neuen Vorlagen erscheinen. Vor November tritt der Reichstag nicht wieder zusammen, dann ergießt sich systemlos ein Füllhorn von Gesetzentwürfen über das Haus, und kaum ist dann die nötige Anzahl von Kommissionsmitgliedern aufzutreiben. Der Staatssekretär beklagt, daß der Reichstag das von ihm vorgelegte Material nicht erledigte; aber daran trägt doch eine falsche Disposition die Schuld. Mindestens ein Teil der Gesetze, die in den Kommissionen der vergangenen Tagung schon durchberaten waren, konnte vorgelegt, nach erfolgter erster Beratung an die Kommissionen verwiesen und für die zweite Lesung im Plenum vorbereitet werden. Mit diesen zwei Lesungen konnte im Oktober oder November der Reichstag beginnen. Allerdings, dann müßte statt Schluß eben Vertagung eintreten. Die „Kons. Korrespondenz" wendet sich nun scharf gegen die Vertagung; die Rechte will hiervon nichts wissen. Sie befürchtet, daß sie später das Präsidium verlieren könnte, wenn erst 1908 oder 1909 wieder eine Präsidentenwahl ist. Wenn jedoch eine solche Wahl schon im Herbste 1907 stattfindet, so rechnet sie mit der Winderwahl des bisherigen Präsidiums. So kann also auch diese Angelegenheit zu einem Zerwürfnis führen. Man muß jetzt beobachten, ob die Linke oder die Rechte in diesem hinter den Kuliffen ausgefochtenen Streit siegt.

Am Dienstag bereits kommt es zu einer dritten Probe: Die Budgetkommission beginnt die Beratung des Kolonialetats. Daß das Staatssekretariat bewilligt wird, ist ja klar. Aber jetzt handelt es sich in erster Linie um die Neugestaltung der Schutztruppen. Die Regierung fordert für Berlin eine ganze Unmenge von Offizieren und Beamten und zwar vom Leutnant bis zum Generalleutnant mit sehr erheblichem Mehrbedarf; es ist ein kleines Kriegsministerium, das hier gefordert wird und mehr Beamte umfaßt, als z. B. das sächsische Kriegsministerium. Um die Notwendigkeit einer solchen umfangreichen Militärverwaltung in Berlin darzutun, hat man einen Geschäftsplan aufgestellt, der einfach für den Kundigen lächerlich ist. Da steht an der Spitze „Operation". Man denke sich: Das Kommando in Berlin soll die Operation in den Kolonien vorbereiten. Die Schwarzen werden künftig so galant sein, daß sie die Unruhen da ausbrechen lassen, wo es das Berliner Kommando wünscht. Eine ganze Reihe ähnlicher „Arbeiten" läßt sich noch aufführen. Jedermann fragt sich verwundert: Was soll dieser große Stab von Offizieren? Man streitet noch, ob eine Kolonialarmee kommt oder nicht. Wenn aber diese Organisation kommt, so muß eine Kolonialarmee nachfolgen, weil sonst diese vielen Leute nichts zu tun haben und weil der Kommandeur der Schutztruppe auch mal vor die Front treten will. Bisher haben Zentrum und Freisinn dahin gestrebt, den Militarismus einzuengen und aus der Schutztruppe Polizeitruppen zu machen. Die Vorlage geht den umgekehrten Weg; sie hat eine Vermehrung der Schutztruppe im Gefolge. Die freisinnige Presse spricht sich noch ganz bestimmt gegen diese Pläne aus, aber wer garantiert, ob die Fraktion nicht anders stimmt? Das Zentrum ist gegen eine solche Organisation, ist gegen diese Verschleuderung von Geldmitteln. Jedoch das deutsche Volk muß sich hierauf einrichten, daß es die Suppe der letzten Wahl ausißt und zwar ganz. Die Rechnung ist keine kleine und geringe. Die Entscheidung selbst wird von wesentlicher politischer Bedeutung sein; hier handelt es sich um die stärkste Belastungsprobe der Linksliberalen. Die Hauptdebatte über diese Frage dürfte im Plenum entstehen.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag setzte am Montag die Debatte zum Reichsamt des Innern fort, ohne daß irgend eine bemerkenswerte Rede gehalten wurde. Als der Reichsparteiler v. Dirksen eine scharfmacherische Rede hielt, antwortete Graf Posadowsky ziemlich zurückhaltend. In später Abendstunde sprach der sächsische Abg. Dr. Junk (Ntl.) sich gegen die Einführung der Schiffahrtsabgaben aus, während der Zentrumsabg. Schiffer die harten Urteile rügte, die auf Grund des § 152 der Gewerbeordnung ergehen. Morgen soll Schluß gemacht werden.

k. Berlin. 29. Sitzung vom 15. April 1907.

Die sozialpolitische Debatte wird bei der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Abg. Horn-Sachsen (Soz.) polemisiert gegen den Abg. Bauli. Für die Glasarbeiter ist vermehrte Sonntagsruhe und ein sanitärer Maximalarbeitstag geboten.

Abg. v. Dirksen (Reichsp.) warnt vor dem raschen Gang der Sozialgesetzgebung. Die Vorwürfe an den Bundesrat sind nicht berechtigt. Die Entwickelung des Programms des Grafen Posadowsky war sehr lehrreich; sie zeigt, daß unsere Sozialreform nicht einschläft. Naumann betreibt die Politik der Sozialdemokratie, wenn er so extreme Forderungen stellt. Die Minderjährigen sollten kein Recht erhalten, an den politischen Versammlungen teilzunehmen. Zurückständige Sachen werfen wir gerne über Bord. Zum Schlusse bringt Redner eine Reihe von Einzelfällen über den sozialdemokratischen Terrorismus vor. Das Tempo des Abg. Trimborn wollen wir nicht mitmachen. Wenn Graf Posadowsky ein Minister für Sozialreform ist, muß er auch ein Minister gegen die Sozialdemokratie sein. Das Wohl des Vaterlandes muß entscheidend sein. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wer die Freiheit hochhält, muß es verurteilen, wenn auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes unberechtigter Zwang ausgeübt wird. Wenn man alle einzelnen Fälle prüft, so findet man, daß sie bereits unter die bestehenden Gesetze fallen, aber es findet sich häufig kein Kläger oder kein Zeuge, viele Fälle zerrinnen unter den Fingern. Vielleicht kann man im neuen Strafgesetzbuch den Begriff der Verrufserklärung schärfer fassen. (Hört!) Die Verwaltungsbehörden müssen die ihnen angezeigten Fälle verfolgen.

Abg. Potthoff (Frei. Ver.) stellt sich im Streik der Hamburger Schauerleute auf die Seite der letzteren.

Abg. Dr. Junk (Natl.) fordert ein freies Vereins- und Versammlungsrecht.

Abg. Götz v. Olenhusen (Zentr.) bringt einige Maßregelungen bei den letzten Wahlen vor.

Abg. Schiffer (Zentr.) fordert eine energische Fortführung der Sozialreform. Die Arbeiterschutzgesetzgebung kann sich zwar sehen lassen, aber sie muß noch ausgebaut werden. Besonders schlimm steht es mit der Koalitionsfreiheit: vielen Arbeitern wird diese einfach geraubt. Aber ein solches Verfahren gehört unter Strafe gestellt. Redner schildert eine Reihe von Einzelfällen, wo man Arbeiter auf die Straße warf, weil sie sich organisierten. Der Unternehmer gehört unter dasselbe Gesetz gestellt. Die heutige zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit muß aus der Welt geschafft werden.

Das Haus vertagt sich auf morgen 1 Uhr. Fortsetzung der Debatte. Schluß 6 Uhr.

Politische Rundschau.

Dresden, den 16 April 1907

— Der **Kaiser** ist am 15. d. Mts. in Bückeburg eingetroffen.

— Der preußische Staatsminister **v. Köller** teilt der Deutschen Tagesztg. auf deren Anfrage mit, daß er erst im Jahre 1909 zurückzutreten beabsichtige. Der Grund zu diesem Entschlusse dürfte in dem Alter des Herrn v. Köller zu suchen sein, der im Jahre 1909 das 68. Lebensjahr vollendet.

— Das **preußische Abgeordnetenhaus** hatte am Montag eine interessante Debatte über die Mädchenerziehung. In der Hofloge wohnten Frau Minister Bethmann v. Hollweg, Oberhofmeisterin der Kaiserin, den Verhandlungen bei. Kultusminister v. Studt entwickelte ein längeres Programm in welchem er sich zu dieser Reform äußerst sympathisch stellte. Auffallend war, mit welcher Lebhaftigkeit sich der konservative Führer v. Heydebrand für die Reform aussprach. Der Zentrumsabg. Dr. Dittrich stellte sich sehr freundlich zur Reform und ebenso die folgenden Redner.

— **Der erste elsaß-lothringische Städtetag zu Straßburg,** zu dem 24 Städte des Landes ihre Vertreter entsandt hatten, faßte unter Vorsitz des Altbürgermeisters Back-Straßburg mit Rücksicht auf die infolge des § 13 des Zolltarifes im Jahre 1910 eintretende Aufhebung des Oktrois, der wichtigsten Einnahmequelle der Städte, eine Resolution, in der verlangt wird, den Gemeinden ein weitergehendes Besteuerungsrecht einzuräumen und möglichst die bodenreformerische Besteuerung der Grundstücke nach dem gemeinen Werte und die Steuer auf den unverdienten Wertzuwachs einzuführen. Gleichzeitig wurde eine Erhöhung der Hundesteuer bis zum Betrage von 25 Mark als Höchststeuer beschlossen. Man beschloß ferner, den Städtetag zu einer ständigen Einrichtung zu machen.

— **Eine tapfere Freisinnstat.** Die Koburger Regierung hatte im Speziallandtage für einen Gendarmen ein Dienstpferd beantragt. Dieser Antrag wurde aber von den Koburger Freisinnigen mit der Begründung abgelehnt, daß der betreffende Gendarm ein politischer Heißsporn sei, der bei der letzten Reichstagswahl stark für den nationalliberalen Kandidaten agitiert habe. Deshalb sei anzunehmen, so führte der freisinnige Redner aus, daß der Gendarm seine Agitation mit dem Pferde noch intensiver betreiben könnte; aus diesem Grunde dürfe der Landtag diesen „Agitationsgaul" nicht bewilligen. Das ist wahrhaftig „großzügige" Politik! Aber die gesamte Kolonialarmee wurde im Reichstage glatt bewilligt.

— **Der Verband der christlichen Tabakarbeiter** hielt vom 12.—14. April seine vierte Generalversammlung in Frankfurt a. M. Aus dem Geschäftsbericht des Vorstandes ist eine erfreuliche Entwickelung des Verbandes in der zweijährigen Berichtsperiode ersichtlich. Die Mitgliederzahl ist von 2179 am 1. Januar 1905 auf 7638 (darunter 3040 weibliche), am 31. Dezember 1906, somit um 5459 gestiegen. Die Einnahmen des Verbandes betrugen in der Berichtsperiode 72 065 Mark, die Ausgaben 70 344 Mark. Verausgabt wurden u. a.: an Streik- und Gemaßregeltenunterstützung 33 600 Mark. An der Besserstellung seiner Mitglieder hat der Verband insbesondere im letzten Jahre sehr erfolgreich gewirkt. In 78 Orten und 146 Betrieben war der Verband mit 3440 Mitgliedern an Lohnbewegungen und Kämpfen verwickelt, die meist für die Arbeiter erfolgreich verliefen. Die Generalversammlung nahm eine Neuregelung des Beitrags- und Unterstützungswesens vor. Es wurde die Einführung von Staffelbeiträgen von 15 Pf. wöchentlich für jugendliche bis zu 60 Pf. für erwachsene männliche Arbeiter beschlossen. Für die höheren Beitragsklassen wurde die Erwerbslosenunterstützung eingeführt. Der Gesetzentwurf, betreffend Heimarbeit in der Tabakindustrie, wurde als Fortschritt begrüßt, doch ist die Generalversammlung der Meinung, daß nur durch ein völliges Verbot der Heimarbeit in der Tabakindustrie die Interessen der Produzenten und Konsumenten ausreichend gewahrt werden können. Der seitherige Vorsitzende des Verbandes, Herr Cammann-Rees, wurde wiedergewählt.

— **Die Farmerentschädigung in Südwestafrika** liegt uns vor; es werden noch 7,7 Millionen Mark gefordert, nachdem bereits 5 Millionen Mark bewilligt worden sind. Durch diese Nachforderung soll der Gesamtschaden gedeckt werden. Gegenüber der Vorlage im Frühjahr 1906 wird hier auf einen Ersatz für den Ausfall der Nachzucht in Höhe von 3 Millionen Mark „verzichtet"; nachdem die gesamte Landkommission sich sehr scharf hiergegen ausgesprochen hat. Dem Ergänzungsetat ist ein Bericht der Hilfeleistungskommission über die Verwendung der bereits bewilligten Mittel beigegeben. Die Hilfeleistungsgelder gelangten bisher hauptsächlich unter vier verschiedenen Gesichtspunkten zur Verwendung, und zwar, nach der wirtschaftlichen Erwünschtheit und Zweckmäßigkeit geordnet: 1. für die Wiederanschaffung der geraubten und zerstörten Betriebsmittel, 2. für die Gründung eines neuen vorübergehenden Erwerbes, so lange die Unsicherheit im Lande eine Rückkehr zum alten Wirtschaftsbetriebe, vor allen Dingen der Farmerei

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id494508531-19070417/1